



Statement des Kinderschutzbund Bundesverbands zur „Änderung der Verordnung (EU) 2021/1232 des Europäischen Parlaments und des Rates über eine vorübergehende Ausnahme von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 2002/58/EG zwecks Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet“

Der Kinderschutzbund Bundesverband e.V.

Der Kinderschutzbund Bundesverband setzt sich für die Rechte aller Kinder und Jugendlichen in Deutschland ein. Er möchte eine kinderfreundliche Gesellschaft, in der die geistige, seelische, soziale und körperliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen gefördert wird. Dabei sollen diese an allen Entscheidungen, Planungen und Maßnahmen, die sie betreffen, beteiligt werden. Der Kinderschutzbund mischt sich zugunsten der Kinder und Jugendlichen ein – in der Bundes- und Landesgesetzgebung, bei Planungen und Beschlüssen in unseren Städten und Gemeinden. Er fordert eine Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der Kinder und Familien, eine kinderfreundliche und gesunde Umwelt und gute Einrichtungen für Kinder und Jugendliche. Dabei nimmt er auch die digitale Lebenswelt in den Blick und folgt dabei vor allem dem General Comment Nr. 25 des Kinderrechteausschusses der VN.

Die Verlängerung der Ausnahmerichtlinie

Der Kinderschutzbund Bundesverband begrüßt grundsätzlich, dass die EU-Kommission den Verhandlungen über den umstrittenen Entwurf der EU-Verordnung (CSA-R) durch die vorübergehende Verlängerung der Ausnahmerichtlinie (2002/58/EG) mehr Zeit einräumt, um einen geeigneten Kompromiss, der den bestmöglichen Kinderschutz im digitalen Raum ermöglicht, ohne dabei grundlegende Menschenrechte wie das Recht auf vertrauliche, verschlüsselte Kommunikation zu missachten. Der Kompromiss, den der LIBE-Ausschuss für das EU-Parlament mit beachtlicher Mehrheit erarbeitet hat, stimmt uns optimistisch sowohl für den Kampf gegen sexualisierte Gewalt als auch für den Schutz des Rechts auf vertrauliche Kommunikation und informationelle Selbstbestimmung. Wir hoffen sehr, dass sich diese Haltung auch in den Trilog-Verhandlungen durchsetzt.

Die Verlängerung schafft nun den notwendigen Raum, damit alle Kritikpunkte an der CSA-R ausreichend abgewogen und im Sinne des Kinderschutzes sowie den Kinderrechten auf informationelle Teilhabe und Selbstbestimmung sowie auf vertrauliche Kommunikation und dem Aufwachsen in einer demokratischen Zukunft umgesetzt werden können.

Die Kompromisslösung der CSA-R

Es ist zu begrüßen, dass der Ausschuss der klaren Ablehnung der Chatkontrolle und dem Bekenntnis zum digitalen Briefgeheimnis deutliche Forderungen für mehr Kinderschutz im Netz zur Seite stellt und damit teilweise über den von der Kommission in ihrem Vorschlag gesetzten Rahmen hinausgeht. Dabei geht es auch um Forderungen des Kinderschutzbundes, beispielsweise:

Warnungen bei Empfang oder Versand von Nacktbildern; erhebliche Verbesserungen der Sicherheit auf Seiten der Plattformen – durch mehr Qualität der Chat-Moderation (hier setzen wir auf Pattern-Analyse zur Unterstützung), kindgerechte Gestaltung von Design und Funktionen, Ausbau der Blockier- und Meldefunktion usw. Auch unsere Forderung, sowohl öffentlich abrufbare Inhalte als auch Darknet-Hosts zu scannen, ist im Kompromiss enthalten – wir weisen ausdrücklich auf die Rolle und Bedeutung des geplanten EU-Zentrums hin. Eine strukturelle Stärkung der Betroffenenperspektive für Beratungs- und Hilfsangebot ist dabei unerlässlich, weshalb es dringend notwendig ist, das Zentrum unabhängig von

Ermittlungsbehörden zu verankern. Hervorheben möchten wir zudem die Pflicht zur Löschung illegalen Materials und unterstreichen, dass dies nach der Aufdeckung schnell geschehen muss. Zudem wünschen wir uns datenschutzkonforme (zero-knowledge-proof), wirksame Altersverifikation.

Der im LIBE-Ausschuss für das EU-Parlament erarbeitete Kompromiss ist eine pragmatische Lösung und gleichzeitig eine ausgewogene Berücksichtigung der Kinderrechte. Wir hoffen, dass sich diese Haltung in den Trilog-Verhandlungen durchsetzt – auch unterstützt durch die Bundesregierung. Ob Kommission und Rat den Kinderschutz wirklich ernst nehmen, können sie auch dadurch beweisen, dass sie die Verhandlungen noch vor den Wahlen zum EU-Parlament zu einem guten Ende bringen und das im Grunde sehr begrüßenswerte Vorhaben in die Tat umsetzen.

Mit diesem Ziel vor Augen muss klar unterstrichen werden, dass der Kinderschutzbund keinerlei anlassloses massenhaftes Scannen privater und verschlüsselter Kommunikation unterstützt, da es massiv in die Rechte aller Menschen, insbesondere der Kinder und Jugendlichen einschneidet. Es darf sich daher nicht auf der Übergangslösung ausruhen werden. Stattdessen soll sie lediglich dazu dienen, den aktuellen Status Quo aufrecht zu erhalten, um weiterhin CSAM löschen zu können und Täter*innen von sexualisierter Gewalt gegen Kinder überführen zu können, bis die bestmögliche Kompromisslösung umgesetzt werden kann. Der Kinderschutzbund fordert an dieser Stelle zudem ausdrücklich, dass es eine transparente und unabhängige Datenerhebung der eingesetzten Technologie im Zusammenhang mit Ermittlungserfolgen braucht.

Auch wenn die Fristverlängerung den Zeitdruck politisch verringert: Die Entwicklung der sexualisierten Gewalt erfordert schnelles Handeln. Kinderschutz vor Gewalt ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und bedarf daher eine transparente und unabhängige Rechtsgrundlage unter Beachtung aller Kinderrechte gemäß der UN-Kinderrechtskonvention. Kinderrechte gelten immer und überall, auch im digitalen Raum. Dafür setzt sich der Kinderschutzbund Bundesverband ein.

Berlin, 12.02.2024

Der Kinderschutzbund Bundesverband e.V.

Kalckreuthstr. 4

10777 Berlin

Tel (030) 21 48 09-0

Fax (030) 21 48 09-99

E-Mail info@kinderschutzbund.de

www.kinderschutzbund.de

Der Kinderschutzbund (DKSB) – Für die Zukunft aller Kinder!

Der Kinderschutzbund, gegründet 1953, ist mit 50.000 Mitgliedern in über 400 Ortsverbänden die größte Kinderschutzorganisation Deutschlands. Der DKSB setzt sich für die Interessen von Kindern sowie für Veränderungen in Politik und Gesellschaft ein. Schwerpunkte seiner Arbeit sind Kinderrechte, Kinder in Armut, Gewalt gegen Kinder sowie Kinder und Medien.